Zeitschrift: Wohnen

Herausgeber: Wohnbaugenossenschaften Schweiz; Verband der gemeinnützigen Wohnbauträger

Band: 42 (1967)

Heft: 3

Artikel: Wohnungsbau in Israel

Autor: [s.n.]

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-103726

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

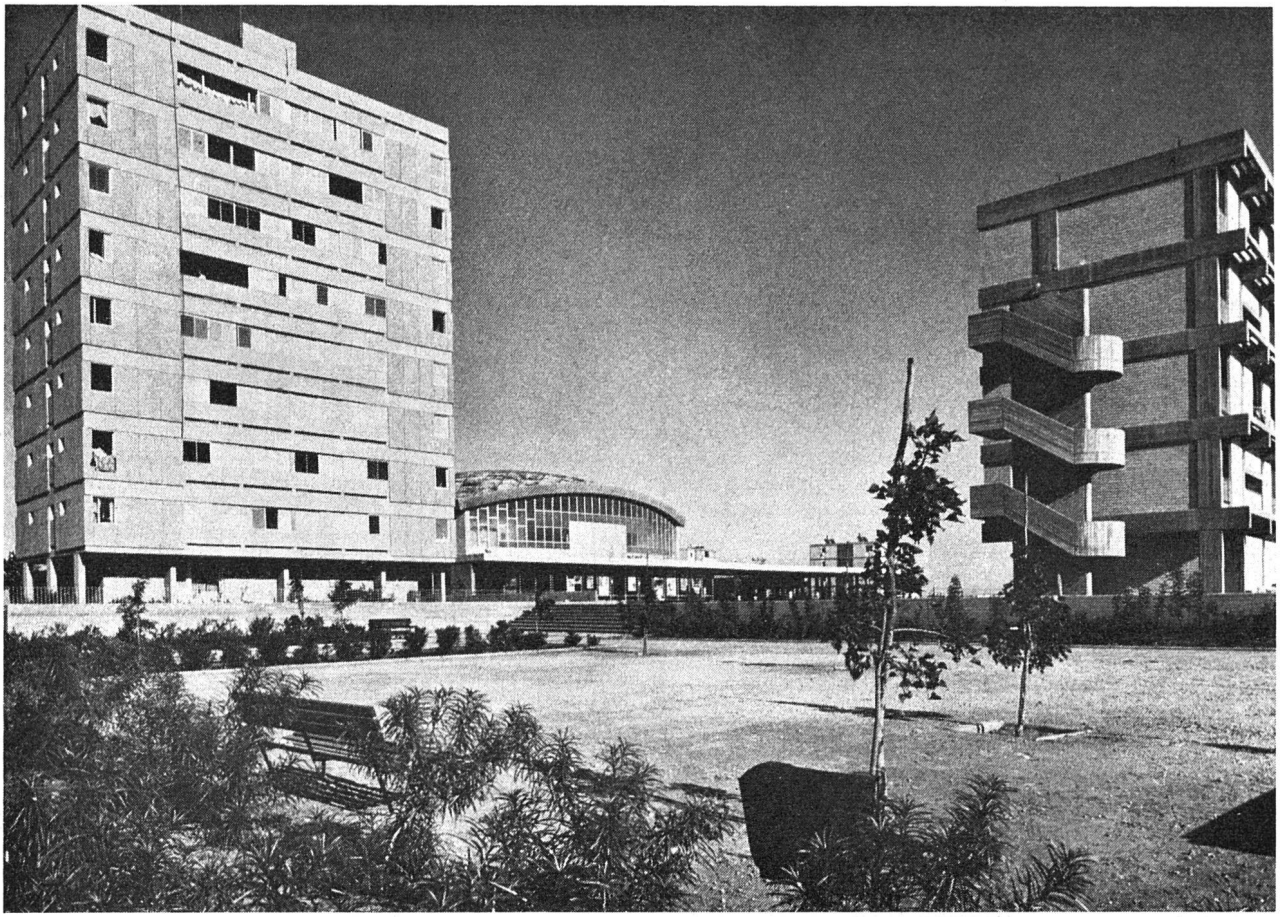
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 11.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch



Blick in ein Wohnquartier der Stadt Bath-Yan südlich von Tel Aviv. Das Haus rechts besteht aus Mietwohnungen für junge Ehepaare, das Gebäude links im Bild birgt Eigentumswohnungen. Im Hintergrund ein Kino, rechts daneben, knapp erkennbar, eines der typischen Häuser für Neueinwanderer.

Wohnungsbau in Israel

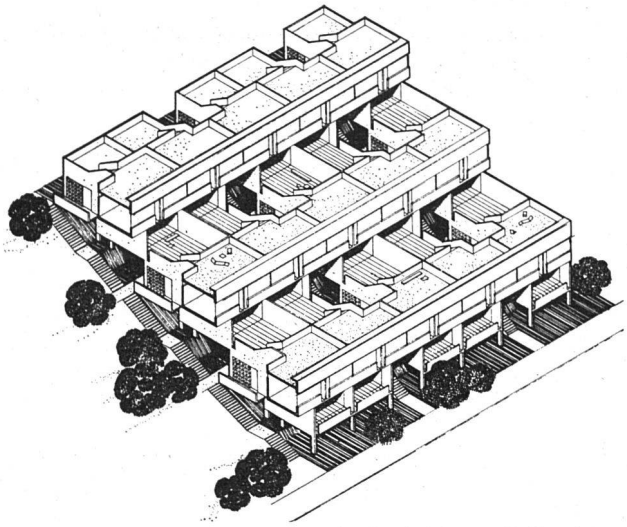
Auch ein junger Staat hat seine Wohnungssorgen

Für den jungen israelischen Staat ist der Wohnungsbau eine Existenzfrage. Ständig kommen Einwanderer aus allen Teilen der Welt in dieses Land, das ihnen zur neuen Heimat werden soll. Um sie zu Bürgern zu machen, welche auch bereit sind, sich für ihr Land einzusetzen, sind menschenwürdige Unterkünfte erste Voraussetzung. Israel hat darum in den letzten Jahren grosse Anstrengungen unternommen, um für die vielen Einwanderer so schnell als möglich Wohnungen zu schaffen. So wurden beispielsweise innerhalb der letzten 15 Jahre rund 500 000 Wohnungen gebaut. Aber während von den rund 500 000 Wohnungen etwa 150 000, also 30 Prozent, mit 50 Prozent der Investitionssumme von privaten Bauherren errichtet wurden, baute die öffentliche Hand damit 70 Prozent der Wohnungen. Das heisst also, dass im privaten Wohnungsbau weniger und teurere Wohnungen erstellt werden, während sich die öffentliche Hand vor allem bemüht, möglichst viele und billige Wohnungen zu bauen. Die private Wohnbautätigkeit erstreckt sich vornehmlich auf die grossen Städte. Dort werden auch verhältnismässig grosse Wohnungen gebaut, die in erster Linie für den gehobenen Mittelstand bestimmt sind. Die öffentliche Hand sieht es als ihre vornehmlichste Pflicht an, nicht nur jedem Neueinwanderer ein Dach über dem Kopf zu garantieren, sondern auch jedem Bürger eine der Kultur und der Zivilisation des 20. Jahrhunderts angemessene Wohnung zu verschaffen.

Aus den gemachten Erfahrungen ist man zur Erkenntnis gekommen, dass die Einwanderer am besten direkt in eine zwar nicht luxuriöse, aber mit allem Nötigen ausgestattete Wohnung eingewiesen werden. Da jedoch die Zahl der Einwanderer und ihr Herkunftsland mit den verschiedenen Lebensgewohnheiten bis zuletzt eine unbekannte Grösse bleibt, ist es problematisch, die Wohnung den Bedürfnissen der späteren Bewohner entsprechend zu bauen. Im besonderen muss auch auf die berufliche Tätigkeit Rücksicht genommen werden. Ein Spezialist in der Elektronik oder ein Facharzt werden nicht immer am gleichen Ort eine ihnen zusagende Beschäftigung finden, während ein ungelernter Arbeiter in einer Fabrik im südlichen oder nördlichen Entwicklungsgebiet seinen Mann stellen kann.

Planen und Bauen

Die Regierung versucht mit Hilfe des Wohnungsbaues die übervölkerten Gebiete des Landes zugunsten einer stärkeren Besiedlung der bisher unterbevölkerten Gegenden zu entlasten. Die gleichmässige Verteilung der Bevölkerung auf das ganze Land ist nicht nur eine wirtschaftliche Notwendigkeit, sondern sie trägt auch wesentlich zur Sicherung der langen und



Terrassenbauten auch in Israel: Projektierte Reihenhausgruppe in Karmiel, der jüngsten israelischen Stadt.

ausgedehnten Grenzen bei. In den ersten Jahren nach der Staatsgründung machte man die Einwanderer hauptsächlich in neuen oder erweiterten landwirtschaftlichen Siedlungen sesshaft. Seit 1948 wurden 450 neue Siedlungen gegründet. Zahlreiche dieser Siedlungen erhalten auch heute noch eine finanzielle Unterstützung. Die landwirtschaftlichen Produkte dieser Siedlungen bilden einen grossen Teil des Exportes und haben die israelische Wirtschaft auf diesem Gebiet fast autark gemacht.

Die Schaffung landwirtschaftlicher Siedlungen bietet aber nicht die einzige Möglichkeit, um die Bevölkerung gleichmässig über das gesamte Staatsgebiet zu verteilen. Wirtschaftliche Expansion und lebensnotwendige Industrialisierung verlangen rasch Arbeitskräfte. Die landwirtschaftlichen Siedlungen brauchen auch städtische Zentren mit den notwendigen Dienstleistungsbetrieben und als Absatzgebiete für ihre Produkte.

So baute das Wohnungsministerium im Laufe der Zeit 30 neue Städte, die über das ganze Land verteilt sind und in denen seit Ende 1964 in 90 000 Wohnungen etwa 450 000 Menschen leben und hier ihre endgültige Heimat gefunden haben. Die wirtschaftliche Existenz dieser Städte ist gesichert, und weitere Städte werden im Laufe der kommenden Jahre sowohl im Süden als auch im Norden entstehen.

Soziale Probleme

Das israelische Parlament verabschiedete Ende 1965 ein Gesetz, das den Abbruch der Slums vorsieht. Auf dem frei werdenden Boden sollen Wohnbauten entstehen. Initiant dieses Gesetzes war das Wohnungsbauministerium, das auch mit der Verantwortung für die Durchführung betraut wurde. Dem Ministerium wurde damit die Möglichkeit gegeben, ein grossangelegtes Slumclearance-Programm zu starten. Nach einer im November 1963 veröffentlichten Untersuchung leben etwa 77 000 Familien, das sind etwa 310 000 Menschen oder 13 bis 14 Prozent der Bevölkerung des Landes, in Slums. Es handelt sich dabei in erster Linie um Stadtgebiete und Wohnungen, die im Jahre 1948 von den Arabern verlassen wurden. Aber auch Bauten, die bereits kurz nach der Staatsgründung errichtet wurden, weisen in vielen Fällen einen zu niedrigen Standard auf. Vor allem für kinderreiche Familien sind diese Wohnungen zu eng. So gibt es beispielsweise aus der Bauperiode 1949 bis 1956 fast 15 000 Wohnungen mit kaum 32 m² Wohnfläche. Bei mehr als der Hälfte dieser Wohnungen handelt es sich um Baracken mit sanitären Anlagen ausserhalb der Wohnung. 7,4 Prozent der Bevölkerung – über 42 500 Familien – lebten noch 1963 mit mehr als vier Personen in einem Zimmer.

Ein ebenfalls schwieriges Problem ist, wie überall, die Wohnungsbeschaffung für junge Eheleute. Pro Jahr werden in Israel 16 000 bis 17 000 Ehen geschlossen, von denen etwa ein Drittel wirtschaftlich dazu in der Lage ist, sich ohne öffentliche Mittel eine Wohnung zu besorgen. Ein weiterer Drittel kann so viel aufbringen, um mit zusätzlicher Hilfe und grösseren Hypotheken im Rahmen des Bausparsystems zu einer Wohnung zu gelangen. Bei den restlichen 5000 bis 6000 Paaren muss der Staat helfen. Ihnen werden für den Bau einer eigenen Wohnung langfristige Anleihen zu günstigen Rückzahlungsbedingungen mit einer sehr niedrigen Amortisationsrate vermittelt. Für die Entwicklungsgebiete gelten besonders günstige Bedingungen.

Wohnbauplanung für die Zukunft

Im Rahmen der Planung der Gesamtwirtschaft Israels bis 1970 wurde auch eine Vorausschau für die gesamte Bauwirtschaft und den Wohnungsbau aufgestellt. Wenn im Rahmen dieser Überlegungen eine gewisse Drosselung der Bauwirtschaft auf administrativem Wege durchgeführt wurde, so handelt es sich im Grunde um nichts anderes als um eine in die für richtig befundenen Bahnen gelenkte und kontinuierliche Erhöhung der Bautätigkeit. Die Wirtschaftsplanung bis 1970 sieht eine jährliche Steigerung des Bauens auf allen Gebieten um 7 Prozent vor, mit einer Erhöhung des Wohnungsbaues um 5 Prozent von Jahr zu Jahr. Die Wohnungsbautätigkeit bis 1970 – Israel wird zu diesem Zeitpunkt drei Millionen Einwohner haben – ist an eine Prioritätsliste gebunden. An erster Stelle stehen Bauten für Neueinwanderer, Slumclearance-Projekte und die endgültige Beseitigung der Überreste der Maabaroth. Es folgt der Bau von Wohnungen zur Hebung des Lebens- und Wohnstandardes der breiten Bevölkerungsschichten. Seine Planung und Durchführung soll im Rahmen der verstärkten Entwicklung der unterbevölkerten Gegenden im Norden und Süden des Landes mit gleichzeitiger Auflockerung der Ballungsgebiete im schmalen Küstenstreifen zwischen Akko im Norden und Rehowoth im Süden vor sich gehen, aber ohne die natürliche Entwicklung bestehender Städte zu hemmen. Neue Baumethoden und Standardisierungsmassnahmen sollen geprüft und vorangetrieben werden. Das Ziel sind solide, in der Grösse und im Standard angemessene Wohnungen für alle, um in einem gesunden Staat gesunde Lebensbedingungen für jeden einzelnen zu schaffen.

(Dieser Bericht wurde in gekürzter Form dem Monatsheft «Neue Heimat», herausgegeben von der Gemeinnützigen Wohnungs- und Siedlungsgesellschaft mbH., Hamburg, entnommen.)

Sanierung in Tira bei Haifa. Zug um Zug werden die Hütten aus der ersten Zeit nach der Staatsgründung (Vordergrund) durch neue Häuser ersetzt. Im Hintergrund der Mount Carmel.